



Quelle: Alt-Glückstadt in Bildern, Band 2, S. 196

Die Landesarbeitsanstalt in Glückstadt, 1933/34 als Konzentrationslager genutzt

**Reimer Möller**

## **„Schutzhaft“ in der Innenstadt**

### **Das Konzentrationslager Glückstadt 1933/34**

Mitten in der Glückstädter Innenstadt – rund 45 km nordwestlich von Hamburg entfernt –, umgrenzt von den Straßen Groß Neuwerk, Klein Neuwerk, Jungfernstieg und der Königstraße, lag bis vor knapp drei Jahrzehnten ein düsterer, städtebaulich dominanter Komplex von Backsteingebäuden mit vergitterten Fenstern: die ehemalige Landesarbeitsanstalt für die Provinz Schleswig-Holstein. Im Jahr 1933 hatte es als Konzentrationslager gedient.

### **„Korrektionelle Nachhaft“**

Als „Provinzial-Korrektionsanstalt für die Provinz Schleswig-Holstein“ hatte diese Einrichtung am 1. Juli 1874 den Betrieb aufgenommen. Sie wurde am 1. April 1925 in Landesarbeitsanstalt umbenannt und hatte die aus dem Bezirk des Landesfürsorgeverbandes eingewiesenen Personen zur Vollstreckung der „korrekzionellen Nachhaft“ aufzunehmen. Es handelte sich um Männer und Frauen, die wegen Verstößen gegen § 361 des Strafgesetzbuches als „Landstreicher“ (§ 361 Nr. 3), Bettler (§ 361 Nr. 4), Spieler, Trinker und Müßiggänger (§ 361 Nr. 5), Dirnen (§ 361 Nr. 6), Arbeitsscheue (§ 361 Nr. 7) zu kurzen Haftstrafen verurteilt und im Anschluss an die Verbüßung von Amtsrichtern aufgrund des § 362 der Landespolizeibehörde überwiesen waren, die „korrekzionelle Nachhaft“ bis zu zwei Jahren festsetzen konnte.<sup>1</sup>

Weiter wurden verurteilte Zuhälter (§ 181a) und „säumig Nährpflichtige“ im Sinne des preußischen Arbeitsscheuengesetzes von 1912 inhaftiert.<sup>2</sup> Diese Personengruppe sollte besonders gemaßregelt werden, weil von ihr wirtschaftlich Abhängige wegen Verletzung der Unterhaltungspflicht öffentliche Fürsorge beanspruchen mussten.<sup>3</sup> Das angesprochene Gesetz ermöglichte auch die Zwangsunterbringung von „Arbeitsscheuen, welche wegen Müßiggang, Leichtsinns oder Trunksucht und dergl. der Armenpflege anheimfallen“ in einem Verwaltungsverfahren ohne Beteiligung der Justiz.<sup>4</sup> 1929 wurde in der Glückstädter Landesarbeitsanstalt eine Abteilung für entmündigte Trinker eingerichtet; weiterhin war das „Landesversorgungsheim zur Aufnahme von Landarmen“ angegliedert, für die die Provinzialverwaltung aufzukommen hatte, weil sie ihren „Unterstützungswohnsitz“ verloren hatten.

Als 1925 das Glückstädter Strafgefängnis nach Rendsburg verlegt wurde, diente die Landesarbeitsanstalt auch als Untersuchungsgefängnis für die Amtsgerichtsbezirke Glückstadt und Krempe.<sup>5</sup> Die Zahl der Häftlinge der Korrekptionsanstalt/Landesarbeitsanstalt betrug 1914 599 Männer und 55 Frauen, bzw. 1925 105 Männer und 14 Frauen. Beschäftigt wurden sie in den Werkräumen der Anstalt mit Tütenkleben, der Herstellung von Fußmatten und Heringsfangnetzen oder im anstaltseigenen landwirtschaftlichen Betrieb (50 Hektar) an der Stadtstraße sowie in der gewerblichen Glückstädter Privatwirtschaft. Ab Dezember 1923 stand die Anstalt unter Leitung des ehemaligen Altonaer Polizeihauptmanns Joachim Hampe.<sup>6</sup>

### „Schutzhaft“-Abteilung in der Landesarbeitsanstalt

Anfang April 1933 – zwei Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme – erfuhr die Öffentlichkeit unter der Überschrift „Konzentrationslager Glückstadt“ in einer Zeitungsnotiz der Lokalzeitung *Glückstädter Fortuna*, dass 150 politische Häftlinge des Polizeipräsidiums Altona in diese Anstalt überführt worden seien.<sup>7</sup> Die Anordnung zur Einrichtung der Schutzhaftabteilung in der Landesarbeitsanstalt war telefonisch ergangen, wie ältere Anstaltsbeamte 1947 zu Protokoll gaben.<sup>8</sup> Dieser Anruf kann nur von der vorgesetzten Dienstaufsichtsbehörde ausgegangen sein, dem Landeshauptmann des Provinzialverbands Schleswig-Holstein.<sup>9</sup>

Sofort nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hatten die Nationalsozialisten in Preußen und den anderen Ländern auf den Polizeiapparat eingewirkt, um ihn als Terrorinstrument gegen politische Gegner einsetzen zu können. Mitglieder der militanten und uniformierten Parteigliederungen SA und SS sowie des Wehrverbandes Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten wurden als „Hilfspolizisten“ vereidigt, bewaffnet und mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet. Die Landräte, inzwischen sämtlich NSDAP-Parteigänger, konnten „Schutzhaft“ verhängen – eine sicherheitspolitische Repressionsmaßnahme, die eine zeitlich unbegrenzte Haft zuließ und keiner richterlichen Nachprüfung unterworfen war; die Betroffenen konnten also keine Rechtsmittel dagegen einlegen.

Diese radikale Beschneidung persönlicher Freiheitsrechte – begründet in der „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ vom 4. Februar – wurde durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 verschärft, die auch als „Reichstagsbrandverordnung“ bekannt wurde. Im Lauf der nationalsozialistischen Herrschaft wurden die „Schutzhaft“-Maßnahmen durch Erlasse erweitert und erhielten als „Zwangmaßnahme der Geheimen Staatspolizei“ Anfang 1938 generalpräventiven Charakter.

A n

den Arbeiter  
Herrn Waldemar Vogeley

in Itzehoe  
lt. Sandberg 27.

Beh. Schein!

Auf Grund des § 1. der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 - R.G.Bl. I Seite 83 - in Verbindung mit § 2 der Verordnung des Herrn Ministers des Innern (K.d.R.) vom 2.3.1933 - Ges.S.S. 33 - wird hierdurch die polizeiliche Haft gegen Sie angeordnet.

Quelle: Privatbesitz W. Vogeley/Kopie im Besitz des Autors

Haftanordnung für das Itzehoer KPD-Mitglied Waldemar Vogeley

## Politisch motivierte Verhaftungen

Die erste Welle von politisch motivierten Verhaftungen, die vor allem gegen Kommunisten gerichtet war, fand in den Monaten März und April 1933 statt. Eine zweite Inhaftierungs-Kampagne fiel mit dem Parteiverbot der SPD im Juni 1933 zusammen und war gegen Aktivisten, Funktions- und Mandatsträger dieser Partei gerichtet. Allein in Preußen wurden mindestens 25.000 Personen von staatlichen Organen in Haft genommen. Hinzu kamen die „wilden“ Verhaftungen durch die Parteiformationen SA und SS, die zwar dazu keinerlei Befugnis hatten, sich darum aber nicht scherten.

Die Anforderung, die Glückstädter Landesarbeitsanstalt solle politische „Schutzhäftlinge“ aufnehmen, ging vom Polizeipräsidium Altona aus, dessen Haftkapazität stark überbelegt war. Ob das Polizeipräsidium direkt mit der Landesarbeitsanstalt Glückstadt verhandelt hat oder der Landeshauptmann in Kiel als deren vorgesetzte Dienststelle eingeschaltet war, lässt sich der schlechten archivalischen Überlieferung nicht entnehmen.

Der Direktor der Landesarbeitsanstalt hat die Einweisung der politischen Häftlinge in seine Einrichtung abgelehnt, drang damit aber nicht durch. Daraufhin soll er es verweigert haben, Personal der Anstalt zur



Quelle: Sammlung Dohntke

Arbeiter Waldemar Vogeley (KPD)

Bewachung dieser Häftlinge abzustellen.<sup>10</sup> Damit konnte er sich offenkundig durchsetzen. Die politischen Gefangenen wurden dann „von eigens für diesen Zweck vom Polizeipräsidium in Altona hierher kommandierten Polizeibeamten und unterstellten Hilfskräften (SA-Männern) bewacht“.<sup>11</sup> Im Interview erwähnte der ehemalige Häftling Waldemar Vogeley die Wachtmeister Schulz und Paulsen als „zwei wunderbare Menschen“.<sup>12</sup>

Das Verfahren der Auswahl der SA-Leute ist transparent. Offenkundig auf Anforderung des Glückstädter Bürgermeisters und Polizeiverwalters Wilhelm Vogt (NSDAP) schlug SA-Sturmführer Klaus Schöning, Chef des örtlichen SA-Sturms 24/213, zehn SA-Leute vor. Vogt strich vier als „charakterlich ungeeignet“ und benannte die übrigen dem Landrat zur Bestellung als „Hilfspolizeibeamte“.<sup>13</sup>

Nach Auflösung der „Hilfspolizei“ blieben die Wächter in ihrer Funktion und wurden

vom Provinzialverband, der vorgesetzten Behörde der Landesarbeitsanstalt, als „Hilfswachtmeister“ übernommen. Darauf lässt die Todesanzeige für den SA-Mann Paul Gravert schließen, der in Ausübung seines Wachdienstes eines natürlichen Todes starb.<sup>14</sup> Der Provinzialverband als Dienstherr nennt ihn in der Traueranzeige mit dieser Amtsbezeichnung.

Landessekretär Franz Kwiatkowski, der langjährige Verwaltungsleiter der Landesarbeitsanstalt, gab 1947 an, sein Sekretariat habe keine Personalakten über KZ-Häftlinge angelegt und sei auch über die Gründe für die Haftanordnung bzw. Haftentlassung nicht informiert gewesen. Geführt worden sei ein Namensregister, und dazu habe sich die Verwaltung von den Polizeibeamten Namen, Geburtsdaten und Anschriften der Schutzhäftlinge angeben lassen.

Nach diesem Häftlingsregister waren im Zeitraum April 1933 bis Februar 1934 insgesamt 731 Schutzhäftlinge durch die Anstalt gegangen. Wegen der nicht mehr zu ermittelnden Fluktuation lassen sich Belegungszahlen für Stichdaten nicht angeben. Das Lager muss, wie sich aus der Zahl der nach Glückstadt verlegten Altonaer Häftlinge ergibt, mindestens 150 Plätze gehabt haben.<sup>15</sup> Im November 1933 saßen dort mindestens 70 Häftlinge ein.<sup>16</sup> Bei der Reichtagswahl vom 12. November 1933, die mit der Volksabstimmung über den Austritt des Deutschen Reiches aus dem

Völkerbund gekoppelt war, bildete das KZ den fünften Glückstädter Stimmbezirk.

Nach Auswertung der Akten der Orts- und Kreispolizeibehörden, der Lokalzeitungen und der Komiteeakten im VVN-Archiv Hamburg sind 276 Häftlinge namentlich bekannt, davon kamen 145 aus dem Kreis Steinburg. Größere Häftlingsgruppen stammten aus Glückstadt/Kreis Steinburg (35), Itzehoe/Kreis Steinburg (34), Lägerdorf/Kreis Steinburg (25), Wedel/ Kreis Pinneberg (21), Uetersen/Kreis Pinneberg (17), Elmshorn/ Kreis Pinneberg (16), Eckernförde/Kreis Eckernförde (10) und Hamburg (26).

Kleinere Gruppen und einzelne Häftlinge stammten aus Altona/Stadtkreis Altona, Barmstedt/Kreis Pinneberg, Brunsbüttelkoog/Kreis Dithmarschen, Büsum/Kreis Dithmarschen, Heide/Kreis Dithmarschen, Helgoland/Kreis Pinneberg, Meldorf/Kreis Dithmarschen, Leetzen/Kreis Segeberg, Neumünster/Stadtkreis Neumünster, Wesselburen/Kreis Dithmarschen und Schleswig/Kreis Schleswig. Der große Einzugsbereich lässt erkennen, dass das Lager regionale Bedeutung für Schleswig-Holstein und Hamburg hatte. Für diese Einschätzung spricht auch, dass es in Schleswig-Holstein und Hamburg nur wenige weitere frühe Konzentrationslager gab (vgl. S. 102).

Der Landesarbeitsanstalt Glückstadt oblag die Versorgung der Schutzhäftlinge mit Betten, Wäsche und Verpflegung im Rahmen der sonst üblichen Sätze. Die Essensausgabe besorgten die Altonaer Polizisten. Nach Kenntnis der Sozialdemokratischen Partei im Prager Exil (Sopade) war die Ernährung unzureichend.<sup>17</sup> An das Hungerleiden erinnerte sich auch der ehemalige Häftling Heinrich Reumann. Eckernförder Häftlinge hatten sich wegen der schlechten Versorgung „Fresspakete“ von ihren Verwandten schicken lassen und die Kieler Sprotten mit ihm geteilt.<sup>18</sup>

## Arbeit, Repressalien, Wahlverweigerung

Wie überall im Deutschen Reich wurde den kommunistischen Schutzhäftlingen im August 1933 auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin für drei Tage die Mittagsmahlzeit vorenthalten.<sup>19</sup> Diese Schikane war als Reaktion darauf angeordnet worden, dass Unbekannte in der Nacht



Quelle: Sammlung Dohnke

Bürgermeister Wilhelm Vogt (NSDAP)

## Frühe Konzentrationslager in Schleswig-Holstein und Umgebung

Auf dem Gebiet der preußischen Provinz Schleswig-Holstein wurden zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Glückstadt/Kreis Steinburg (April 1933 bis Februar 1934) und Kuhlen (Gemeinde Daldorf bei Rickling/Kreis Segeberg, Juli 1933 bis Oktober 1933) Konzentrationslager für politische „Schutzhäftlinge“ eingerichtet. Hinzu kamen im oldenburgischen Landesteil Lübeck Lager in Eutin (Juli 1933 bis Oktober 1933) bzw. später in Ahrensböök (November 1933 bis Mai 1934). Hamburg richtete für die dortigen Häftlinge zuerst im Wittmoor in der Nähe der Gemeinde Glashütte/Kreis Stormarn (April 1933 bis Oktober 1933) und später im Polizeigefängnis in Fuhlsbüttel (September 1933 bis 1936) Konzentrationslager ein.<sup>20</sup>

Sämtliche dieser Haftstätten waren provisorische, schnell eingerichtete Internierungslager für politische Gegner des NS-Regimes; die meisten wurden im Laufe der Jahre 1933/1934 wieder aufgelöst. „Der Mangel an Haftraum nach der nationalsozialistischen Machtübernahme war für die Behörden Anlaß zu Improvisationen, die typisch sind für die frühen KZ. Bewachung und Trägerschaft waren ebenfalls noch uneinheitlich. Neben der SA und der Polizei trat die SS im ersten Jahr nationalsozialistischer Herrschaft in den KZ nur marginal in Erscheinung“, ziehen Wolfgang Benz und Barbara Distel das Fazit.<sup>21</sup>

Die Geschichte der frühen, „wilden“ – weil ohne zentrale Anordnung eingerichteten – Konzentrationslager in Schleswig-Holstein und Umgebung ist seit den 70er Jahren gut erforscht, wengleich eine Aktenüberlieferung oft äußerst lückenhaft oder gar nicht vorhanden ist.<sup>22</sup>

zum „Tag der nationalen Arbeit“ die Hindenburg-Eiche auf dem Tempelhofer Feld in Berlin gefällt hatten. Die Repressalie machte bürokratische Umstände. Das Landratsamt musste die betreffenden Häftlinge erst eruiieren und in einer Liste erfassen. Sie enthält 44 Namen, davon 19 aus der Kreishauptstadt Itzehoe und 13 aus Lägerdorf. Unter den von der Kreisverwaltung Notierten befand sich eigenartigerweise auch Hermann Knudsen aus Blomesche Wildnis, ein ehemaliger Kreistagsabgeordneter der SPD.

Untergebracht waren die Häftlinge in einem abgeschlossenen Stockwerk in Gemeinschaftsräumen. „Schutzhaft“- und Arbeitshausgefangene wurden streng getrennt voneinander gehalten. Die politischen Häftlinge mussten dieselbe Anstaltskleidung tragen wie die Arbeitshäusler und wurden auch mit denselben Arbeiten beschäftigt.<sup>23</sup> Die meisten Schutzhäftlinge arbeiteten im landwirtschaftlichen Anstaltsbetrieb. Die dabei eingesetzten SA-Wachleute waren mit einem Karabiner bewaffnet.



Häftlinge der Landesarbeitsanstalt beim Tütenkleben (Aufnahme vor 1933 entstanden)

Nach Einschätzung des Vorstands der Exil-SPD in Prag (Sopade) nahm das KZ Glückstadt unter den frühen Konzentrationslagern „einen Sonderplatz ein: in ihm ist kein Mord geschehen. Auch die Misshandlungen waren nicht wie in anderen an der Tagesordnung.“<sup>24</sup> Diese Charakterisierung wird gestützt durch die Beschreibungen des Lageralltags der ehemaligen Häftlinge Johannes Voss, Heinrich Reumann, Ernst Bahr und Waldemar Vogeley.

Von 106 ehemaligen Insassen des Glückstädter KZ liegen „Anträge auf Ausstellung eines Ausweises für politisch, rassisch und religiös durch den Nazismus Verfolgte“ des „Komitees ehemaliger politischer Gefangener“ in Hamburg aus den Jahren 1946/47 vor, in denen die Frage nach Misshandlungen beantwortet wurde. Sechs Schutzhäftlinge waren geschlagen oder getreten worden. Fritz Wollert aus Krempe und Johannes Klünder aus Wesselburen gaben an, dass Aufseher sie mit Gummiknüppeln geprügelt hätten.<sup>25</sup> Karl Scheer aus Hamburg hatte „Backpfeifen“ bekommen und den „Saalsport“ als Quälerei empfunden.<sup>26</sup> Von drei Häftlingen ist bekannt, dass sie mit zweiwöchigem Arrest bestraft wurden.<sup>27</sup>

Die SA-Wächter hätten sich auch um politische Umerziehung bemüht, indem sie den Häftlingen aus nationalsozialistischen Parteizeitungen vorlasen.<sup>28</sup> Sie hätten sich zudem in politischen Diskussionen versucht, seien den routinierten Versammlungsrednern von SPD und KPD aber nicht gewachsen gewesen.

Der Bitte der Häftlinge, anlässlich des Reformationstages 1933 eine Reformationsfeier durchführen zu können, wurde stattgegeben. Dazu malte Wilhelm Passing, Steinmetz in Itzehoe und Propagandaleiter im KPD-Unterbezirk, ein überlebensgroßes Brustbild von Martin Luther.<sup>29</sup> Die Strophe „Und wenn die Welt voll Teufel wär“ des Luther-Liedes „Ein feste Burg“ sangen die Häftlinge mit besonderer Inbrunst.<sup>30</sup> Das Wachpersonal wird die aktuelle Nebenbedeutung verstanden haben, reagierte aber nicht.

Kurz darauf, bei der Reichstagswahl am 12. November 1933, machten 24 Häftlinge ihre Stimmzettel ungültig; bei der gleichzeitig durchgeführten Volksabstimmung gab es 18 „Nein“ – und acht ungültige Stimmen. In anderen KZ wären solche Zeichen mangelnder politischer Konformität mit Repressalien beantwortet worden – in Glückstadt blieben sie aus.

Seit Anfang Juni 1933 fanden kleinere Gruppentransporte von Häftlingen in die Emslandlager (KZ Papenburg, 66) sowie nach Oranienburg (31) und Kühlen bei Neumünster (12) statt. Heinrich Reumann erinnerte sich, dass er per Bahn nach Esterwegen transportiert wurde und Glückstädter Polizisten seinen Gruppentransport begleiteten. Die Beamten hätten kurz vor dem Ziel gesagt, die Empfangsprozedur wollten sie nicht ansehen, und die Häftlinge täten gut daran, sich in schnellem Laufschrift zu bewegen. Neu Eingelieferte wurden durchweg schockierend grausam misshandelt und gedemütigt, um den Terrorschreck der Haft zu steigern.

## Die Auflösung des Lagers

Ein großer Teil der in Glückstadt gebliebenen Häftlinge wurde um Weihnachten 1933 entlassen.<sup>31</sup> Am 26. Februar 1934 löste der Landrat des Kreises Steinburg das KZ Glückstadt auf.<sup>32</sup> Das geschah im Zuge einer generellen Politik der Systematisierung und Zentralisierung des „Schutzhaft“-Terrors. Später im Jahr wurden bis auf fünf alle Konzentrationslager geschlossen. Ihre Leitung und Bewachung wurde der SS übertragen, die dazu die „Inspektion der Konzentrationslager“ unter Theodor Eicke einrichtete.

Mit einem Rundschreiben des Landrats des Kreises Steinburg an die Ortspolizeibehörden und Gendarmerieabteilungen in Itzehoe und Wilster wurde die Aufhebung des Lagers offiziell mitgeteilt (vgl. Seite 106).

1935 wurden erneut politische Häftlinge in der Landesarbeitsanstalt inhaftiert, als die nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden Kommunisten aus den Kreisen Pinneberg und Steinburg als Untersuchungshäftlinge einwiesen, die sich an einer verzweigten Untergrundorganisation beteiligt hatten.<sup>33</sup> Dies führte bei außen stehenden Beobachtern zu der irrigen Annahme, das Konzentrationslager habe den Betrieb wieder aufgenommen. Einige Inhaftierte wurden im Anstaltsgebäude von Kieler Gestapo-

Abstimmungsbezirk: 5

1871

## Ergebnis der Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November 1933

### Reichstagswahl:

Zahl der auf den Kreiswahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen	46
Zahl der ungültigen Stimmen	<u>24</u>
Gesamtzahl der zur Reichstagswahl überhaupt abgegebenen Stimmen	70

### Volksabstimmung:

Zahl der gültigen Ja-Stimmen	44
Zahl der gültigen Nein-Stimmen	<u>18</u>
Zahl der gültigen Ja- und Nein-Stimmen zusammen	62
Zahl der ungültigen Stimmen	<u>8</u>
Gesamtzahl der zur Volksabstimmung überhaupt abgegebenen Stimmen	70

### Zur Reichstagswahl und Volksabstimmung:

Zahl der abgegebenen Umschläge (einschl. der leer abgegebenen Umschläge) 70

Stimmberechtigtenzahl:

- Zahl der in der Stimmliste (Stimmkartei) eingetragenen Stimmberechtigten (abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben) /
- Zahl der Stimmberechtigten, die auf Grund von Stimmscheinen abgestimmt haben 70
- a) und b) zusammen 70

Zahl der nach der Stimmliste ausgestellten Stimmscheine

Der Landrat Itzehoe,

26. Februar 1934 - L.A. 2219 -

2034H

A n

die Ortspolizeibehörden  
und die Gendarmerteileteilungen  
in Itzehoe und Hilster.

Betrifft: Unterbringung von politischen Schutzhäftlingen in der  
Landesarbeitsanstalt Glückstadt.

Die besondere Abteilung für politische Schutzhäftlinge in der  
Landesarbeitsanstalt in Glückstadt ist aufgehoben worden. Eine  
Überführung von politischen Schutzhäftlingen an die Landesar-  
beitsanstalt in Glückstadt kommt somit künftig nicht mehr in  
Frage.

In Vertretung.  
gez. Borzikowsky.

B e g l a u b i g t :

*M. Maunster*  
Staatsangestellter.

Offizielles Ende des Konzentrationslagers Glückstadt, Februar 1934

Quelle: Stadtarchiv Glückstadt 2038 II

Beamten verhört und misshandelt. Sicherlich um dem Terror körperlicher Gewalt zu entgehen, beging ein Untersuchungshäftling Selbstmord.<sup>34</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges diente das Anstaltsgebäude dann der Unterbringung von Zwangsarbeitern; als Lagerleiter fungierte der erwähnte Glückstädter SA-Funktionär Klaus Schöning.

## Nachgeschichte, Gedenken, Forschung

1979/80 wurde der düstere Gebäudekomplex abgerissen. Auf Beschluss der Glückstädter Stadtvertretung erinnert auf dem Grundstück eine Gedenktafel an die KZ-Vergangenheit. Die feierliche Enthüllung fand am 16. Dezember 1991 statt.

In der älteren ortsgeschichtlichen Literatur wurde das Konzentrationslager Glückstadt nur selten erwähnt. Rudolf Irmisch verlor 1960 in seiner „Geschichte der Stadt Itzehoe“ nur einen einzigen Satz über die Einrichtung und teilte mit, dass die sozialdemokratischen Stadtverordneten Schubert und Greger dort inhaftiert waren.<sup>35</sup> In seinem Überblick über die jüngere Glückstädter Stadtgeschichte paraphrasierte Ernst-Adolf Meinert 1967 einen zeitgenössischen Artikel der *Glückstädter Fortuna* über das KZ, der eine nationalsozialistische Selbstdarstellung war.<sup>36</sup> Unter anderem hieß es darin, die politischen Häftlinge seien „Arbeitsscheue“, die in der Haft erzieherisch gebessert werden sollten.

### **Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten:**

Lebensläufe von vier Häftlingen des Konzentrationslagers in Glückstadt<sup>37</sup>

**Willi Hannemann**, geb. am 23.4.1906 in Jüterbog. Bauschlosser, 1930 Eintritt in die KPD, Organisationsleiter des Unterbezirks Flensburg, spätestens seit Juni 1932 KPD-Unterbezirkssekretär in Itzehoe, 7.3.1933 Inhaftierung im KZ Glückstadt, August 1933 Verlegung in andere KZ, wahrscheinlich in eins der Emslandlager, spätestens seit Anfang Dezember 1933 Häftling des KZ Lichtenburg (Sachsen). 31.3.1934 Entlassung, Untergrundarbeit im illegalen Unterbezirk Flensburg, Ende 1935 Verhaftung, Verurteilung im „Ringgaard-Prozeß“ durch das Kammergericht Berlin, Strafhaft, anschließend Überführung ins KZ Sachsenhausen. Funktion in der Häftlingsschreibstube, 1940/41 Blockältester im Krankenrevier (Block 4). 28.11.1942 Verlegung ins KZ Flossenbürg/Opf., Einstufung in die Häftlingskategorie der „Blaupunkte“, deren Rückkehr unerwünscht war, körperlich schwerste Arbeit im Steinbruch. Oktober 1943 Überführung aus dem „Bunker“ ins allgemeine Lager. 1945 nach Befreiung vorübergehender Aufenthalt in Hamburg, Juli 1945 Führung der provisorischen Parteileitung in Flensburg, 1946–1948 Mitglied der Flensburger Ratsversammlung.

**Heinrich Reumann**, geb. am 5.2.1910 in Neuenbrook/Kreis Steinburg. 1924–1929 kaufmännische Lehre im Eisenwarengeschäft Harro Martens in Glückstadt am Markt, Gelegenheitsarbeiten, 1930 gescheiterte Bewerbung bei der Hamburger Polizei, Verlust der Arbeitsstelle. Politische Radikalisierung, September 1930 Eintritt in die KPD, Agitations- und Propagandaleiter der KPD-Ortsgruppe Krempe, verheiratet, 1 Kind. Ostersonnabend bis Oktober 1933 Haft im KZ Glückstadt, Oktober bis Dezember 1933 Haft im KZ Papenburg. Umzug nach Wilster. 18.4.1934 Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis wegen illegaler Fortführung des Verbandes proletarischer Freidenker durch die Große Strafkammer II des Landgerichts Altona, Freilassung aufgrund der Hindenburg-Amnestie. Mai 1934 Untersuchungshaft in Itzehoe und Glückstadt, 18.5.1934 Verurteilung wegen illegalen Waffenbesitzes zu einem Monat Gefängnis durch das Landgericht Altona. Januar/Februar 1935 Gestapohaft in Hamburg-Fuhlsbüttel, 15.7.1939 Einberufung zum 4. Infanterie-Ersatzbataillon 490 in Heide, Versetzung zu einem Polizeibataillon, Einsatz in Polen. 1941 uk-Stellung und Arbeit bei der Bohrfirma „Elwerath“ in Hannover. 1943 Einberufung zum 1. SS-Panzergrenadierregiment 37, Beförderung zum SS-Rottenführer, Einsatz in Frankreich im Rahmen der 17. SS-Pan-

zergrenadier-Division „Götz von Berlichingen“. 1945 französische Gefangenschaft, 13.4.1947 Flucht. Arbeit in den Kremper Lederwerken, Betriebsobmann, 1951 Lagerist der Wewelsflether Werft, Heizer der Kremper Lederwerke, 1960 hauptamtliche Tätigkeit als Angestellter der „Volksfürsorge“-Versicherung. Eintritt in die SPD, 1973 Ruhestand, am 1.9.1979 ertrunken im Hohenfelder Umlandkanal.

**Dr. Emil Grantz**, geb. am 11.10.1893 in Heide. Tierarzt in Albersdorf. 1928 Eintritt in NSDAP und SA, Spätsommer 1928 SA-Standartenführer und Führer der SA-Standarte 5, Anfang 1929 SA-Brigadeführer und Führer der SA-Brigade I, 7.3.1929 Anführer der SA beim blutigen Zusammenstoß mit dem Roten Frontkämpferbund in Wöhrden („Blutnacht von Wöhrden“). August 1929 Teilnehmer am NSDAP-Parteitag in Nürnberg, Konflikte mit Gauleiter Lohse, Austritt aus NSDAP und SA. 3.6.1930 Gründung der „Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen“, dann Umgründung zur „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten“, Oktober 1930 Wahl zum Kampfbezirksführer und Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Ausschusses der Gruppe sozialrevolutionärer Nationalsozialisten, Eintritt in den Tannenbergbund. Opfer gesellschaftlichen und geschäftlichen Boykotts, von Verleumdungen und Überfällen. März 1933 verprügelt ins KZ Glückstadt eingeliefert, 1934 KZ Lichtenburg/Sachsen, September/Okttober 1935 Entlassung wegen Krankheit. Landesverweisung aus Schleswig-Holstein, Arbeitslosigkeit in Hamburg, Aushilftierarzt in Berlin, Veterinär-Laufbahnprüfung. 1939 Ernennung zum Regierungsveterinärarzt und Kreistierarzt in Pleß/Oberschlesien, 1945 Flucht, 1946 Rückkehr nach Albersdorf. Sein weiterer Lebensweg ist unbekannt.<sup>38</sup>

**Wihelm Schinkel**, geb. am 14.9.1874 in Elmshorn, Küferlehre, 1894 Umzug nach Glückstadt, selbstständiger Küfermeister, Eintritt in die Glückstädter SPD, Schriftführer, Ortsvorsitzender. November 1914–1916 Stadtverordneter, 1915/1916 Ortsvorsitzender der SPD, 1916–1918 Kriegsdienst bei den Luftschiffen, 1919–1925 Beigeordneter, 1925 Bürgermeister, 1929 Mitglied des Provinziallandtags. 19.1.1928 Wahl in den Aufsichtsrat der Glückstädter Heringsfischerei AG, 22.3.1933 Amtsenthebung, ab 24.6.1933 Haft im KZ Glückstadt (Entlassungsdatum unbekannt), 27.11.1933 Aberkennung der Pension aufgrund des Paragraphen 2 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. 1933–1939 Arbeit als selbstständiger Küfermeister, 1939 Emigration nach Mexiko. 1950 bis 1952 Stadtvertreter in Glückstadt. Gestorben im April 1958.

Anstoß, mit Nachforschungen über das Konzentrationslager Glückstadt zu beginnen, war 1979 eine Anfrage von Schülern der Theater-Arbeitsgemeinschaft der Kaiser-Karl-Schule in Itzehoe an das Stadtarchiv Glückstadt, das der Autor von 1978 bis 1988 leitete. Die Ergebnisse sind 1983 in einer Ausstellungsbroschüre und 1989 in einer Magisterarbeit der Universität Hamburg zusammengefasst worden.<sup>39</sup>

Die Quellenanlage ist verhältnismäßig schlecht. Der Verbleib der Registratur der Landesarbeitsanstalt ist ungeklärt. Fest steht, dass Unterlagen über die Häftlinge das Kriegsende überdauert haben, da der Anstaltsdirektor ab 1946 Bescheinigungen über Haftzeiten mit präzisen Daten ausstellte.<sup>40</sup> Bei der Auflösung der nachfolgenden Einrichtung, des Landesfürsorgeheimes, gingen alle Akten ans Schleswig-Holsteinischen Sozialministerium in Kiel. Am 17. August 1984 wurde von dort mitgeteilt, das Schriftgut sei nicht mehr vorhanden, über den Verbleib könnten keine Angaben gemacht werden. 1997 wurde die Registratur des Glückstädter Landesfürsorgeheimes der Schleswiger Jugend-Justizvollzugsanstalt zur Abwicklung übergeben; Unterlagen mit Bezug auf das KZ Glückstadt waren nicht dabei.

Mit dem Glückstädter Konzentrationslager waren mehrere Dienststellen der Polizei befasst. Unterlagen des Altonaer Polizeipräsidenten sind laut Auskunft des Staatsarchivs Hamburg nicht vorhanden.<sup>41</sup> Die Akten des Landrats des Kreises Steinburg als Kreispolizeibehörde werden in der „Abteilung 320 Steinburg“ im Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig verwahrt. Eine Reihe von Einzelheiten ließ sich aus der Überlieferung der Ortspolizeibehörden der Städte Glückstadt und Kellinghusen zusammentragen, die in den jeweiligen Stadtarchiven verwahrt wird. Die entsprechenden Akten der Stadt Itzehoe sind von Stadtarchivar Irmisch kassiert worden, diejenigen der übrigen kreisangehörigen Städte Wilster und Kremppe haben sich als unergiebig erwiesen.

Für 106 ehemalige Glückstädter Lagerhäftlinge haben sich Personalunterlagen des „Komitees ehemaliger politischer Gefangener“ in Hamburg ermitteln lassen. Ab 1945 konnten ehemals Verfolgte ihren Status durch das Komitee nachprüfen und sich einen Verfolgtenausweis ausstellen lassen. Die mehr als 12.000 Einzelfallakten aus dem norddeutschen Raum werden jetzt vom Landesverband Hamburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten – verwahrt.<sup>42</sup>

## Anmerkungen

Redigierte und ergänzte Fassung eines Beitrags aus dem Jahr 2002: Reimer Möller, Schutzhaft in der Landesarbeitsanstalt. Das Konzentrationslager Glückstadt. In: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939. Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Band 2. Berlin 2002, S 101-109.

1. Wolfgang Ayaß, Die Landesarbeitsanstalt und das Landesfürsorgeheim Breitenau. In: Gunnar Richter (Hg.), Breitenau. Zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers. Kassel 1993, S. 21 und 24. – Schreiben Walter Blanks an das Stadtarchiv Glückstadt vom 24.12.1983. Achtseitige Ausarbeitung des letzten Leiters des Landesfürsorgeheims (1.3.1967–31.12.1974) zur Geschichte seiner Einrichtung und ihrer Vorläufer.
2. Ayaß, Breitenau, S. 28.
3. [Joachim] Hampe, Die Landesarbeitsanstalt in Glückstadt. Ihre Aufgaben, ihre Leistungen, ihre Einrichtungen. In: *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*, 22.11.1935.
4. Ayaß, Breitenau, S. 28.
5. Hampe, Landesarbeitsanstalt.
6. *Glückstädter Fortuna*, 20.12.1923.
7. Ebd., 10.4.1933.
8. Abschrift der Abschrift eines Vermerks von Regierungsinspektor Franz Kwiatkowski an den Direktor der Landesarbeitsanstalt Glückstadt vom 22.8.1946, Anlage zum Schreiben des Direktors der Landesarbeitsanstalt Glückstadt an das Komitee ehemaliger politischer Gefangener in Hamburg vom 18.11.1947. BArch, SAPMO BY 5 V 279-82. Kwiatkowski war 1933 Landessekretär im Sekretariat der Landesarbeitsanstalt.
9. Ebd. Vermerk und Anlage nennen die anordnende Dienststelle nicht ausdrücklich.
10. Ebd.
11. Ebd.
12. Transskript des Interviews mit Waldemar Vogeley vom 8.5.1984, S. 25.
13. Schreiben des kommissarischen Bürgermeisters der Stadt Glückstadt als Ortspolizeibehörde vom 7.4.1933 an den Landrat des Kreises Steinburg. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 320 Steinburg Nr. 371.
14. Der ehemalige Häftling Waldemar Vogeley gab 1984 an, Graverts Zusammenbruch auf einer Treppe gesehen zu haben.
15. *Glückstädter Fortuna*, 10.4.1933. Das Staatsarchiv Hamburg teilte mit, dass Unterlagen über Verlegung von Schutzhäftlingen nach Glückstadt nicht vorhanden seien.
16. Dies lässt sich indirekt aus der Beteiligung an der Reichstagswahl und Volksabstimmung 1933 schließen. Auszählungsergebnisse. Stadtarchiv Glückstadt (StAG) Nr. 1871.
17. Schreiben Richard Hansens vom 23.6.1936 an Otto Wels. Archiv der sozialen Demokratie in Bad Godesberg, Bestand: Emigration Sopade, Mappe 48.
18. Interview mit Heinrich Reumann, 18.3.1977.
19. Abschrift des Funkspruchs des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 28.7.1933 im Schreiben der Staatspolizeistelle Kiel an den Landrat des Kreises Steinburg. LAS, Abt. 320 Steinburg Nr. 188.
20. Vgl. im Überblick dazu Detlef Garbe, Die Zäsur Ende der 1970er Jahre. Zur Geschichte der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. In: ISHZ 41/42 (2003), S. 314-329. Zu Hamburg: Detlef Garbe, Institutionen des Terrors und des Widerstands der Wenigen. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Hamburg im „Dritten Reich“. Göttingen 2005, S. 525-533.
21. Benz/Distel, Herrschaft und Gewalt, S. 8.
22. Zu Reimer Möllers Arbeit siehe die Vorbemerkung zu diesen Anmerkungen. KZ Kühlen: Peter Sutter, Der sinkende Petrus. Rickling 1933–1945. Rickling 1986. Harald Jenner, In Trägerschaft der Inneren Mission. Das Konzentrationslager Kühlen. In: Benz/Distel, Herrschaft und Gewalt, S. 111-127. KZ Eutin: Lawrence D. Stokes, Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines „wilden“ Konzentrationslagers. In: ders., „Meine kleine Stadt steht für tausend andere ...“ Studien zur Geschichte von Eutin in Holstein, 1918–1945. Eutin 2004, S. 313-352. KZ Ahrensböök: Jörg Wollenberg, Ahrensböök. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus. Bremen 2000, S. 76-129. KZ Wittmoor: Willy Klawe, „Im übrigen herrscht Zucht und Ordnung...“. Zur Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor. Hamburg 1987; KZ Fuhlsbüttel: Herbert Diercks, Fuhlsbüttel – das Konzentrationslager in der Verantwortung der

Hamburger Justiz. In: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Terror ohne System. Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus 1933–1945, Geschichte der Konzentrationslager, Band 1. Berlin 2001, S. 261–308.

23. Interviews mit den ehemaligen Häftlingen Johannes Voss (8.3.1984), Heinrich Reumann (18.3.1977), Waldemar Vogeley (8.5.1984) und Ernst Bahr (12.9.1984).

24. Wie Anm. 17.

25. Die Unterlagen werden vom VVN-Landesverband Hamburg verwahrt und bestehen aus einem vierseitigen Fragebogen, Lebenslauf, eidesstattlichen Erklärungen und weiteren Belegen.

26. Tonbandinterviews und schriftlicher Erinnerungsbericht von J. Voss (8.3.1984). Klaus J. Lorenzen-Schmidt danke ich für die Überlassung der Aufnahme seines Gesprächs mit Heinrich Reumann (18.3.1977). VVN-Archiv Hamburg, Komiteeakten Karl Scheer, Karl Hartmann, Otto Dobinske, Fritz Wollert, Bruno Lange und Johannes Klünder.

27. VVN-Archiv Hamburg, Komiteeakten Ernst Kunde, Johannes Klünder und Wilhelm Kramski.

28. Johann Voss, Vier Monate im Nazi-Umerziehungslager in Glückstadt. Mskr. o.D., Fotokopie im Besitz des Autors.

29. Abb. in einem Fotoalbum ohne Signatur des Stadtarchivs Glückstadt mit Motiven aus dem Alltagsleben de Landesarbeitsanstalt. Eine Auswahl ist veröffentlicht in: Gerhard Köhn/Reimer Möller/Walter Wilkes, Alt-Glückstadt in Bildern, Band 2. Glückstadt 1984, S. 196–202.

30. Interview Vogeley, S. 25.

31. Notizen über Entlassungen in den Lokalzeitungen *Glückstädter Fortuna*, 23.12.1933, *Lägerdorfer Anzeiger*, 8.12.1933, und dem NSDAP-Parteiblatt *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* 20. und 27.12.1933.

32. Schreiben des Landrats des Kreises Steinburg (L.A. 2219) vom 26.2.1934 an die Ortspolizeibehörden und die Gendarmerieabteilungen in Itzehoe und Wilster. Stadtarchiv Glückstadt Nr. 2038 II.

33. Fritz Bringmann/Herbert Diercks, Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933–1945. Frankfurt/Main 1983, S. 70–90.

34. Vgl. Reimer Möller, Widerstand und Verfolgung in einer agrarisch-kleinstädtischen Region. SPD, KPD und „Ernste Bibelforscher“ im Kreis Steinburg 1933–1945. In: ZSHG 114 (1989), S. 132f.

35. Rudolf Irmisch, Geschichte der Stadt Itzehoe. Itzehoe 1960, S. 426.

36. Ernst-Adolf Meinert, Glückstadt 1867 bis 1945. In: Glückstadt im Wandel der Zeiten. Glückstadt 1968, S. 220–224.

37. Fundstellen der Fakten und Details sind im Archiv Reimer Möller nachgewiesen.

38. Vgl. Uwe Karstens, Der Fall „Grantz“. Innere Kämpfe in der dithmarischen NSDAP 1929/30. In: ZSHG 112 (1987), S. 251–233.

39. Reimer Möller, KZ Glückstadt. In: Klaus-J. Lorenzen-Schmidt (Hg.), Bei uns... 1933–1945. Engelbrechtsche Wildnis 1983, S. 15ff.; ders., Widerstand, S. 172ff.

40. VVN-Archiv Hamburg, Komiteeakte August Nicolai.

41. Schreiben (2186/84) des Staatsarchivs Hamburg an den Autor vom 2.8.1984.

42. Vgl. die eingehenderen Hinweise zu Entstehung und Quellenwert in: Möller, Widerstand, S. 132f. Über Inhaftierung und Entlassungen ist häufig auch in der Presse berichtet worden. Systematisch ausgewertet wurden *Glückstädter Fortuna*, *Nordischer Kurier* (Itzehoe), *Lägerdorfer Anzeiger* und das NSDAP-Gaublatt *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*.

## Der Autor

Reimer Möller, geb. 1956 in Glückstadt. 1977–1988 ehrenamtlicher Stadtarchivar in Glückstadt. 1990–2002 Museumsleiter im Soest. 1997 Promotion, 2002 stellv. (kaufmännischer) Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, seit 2006 Leiter der Abteilung Archiv, Forschung und Publikationen.